

Presseerklärung

"Sexarbeit ist Arbeit"

unter diesem Motto fand vom 13. – 15. Mai
die 40. Fachtagung Prostitution in Dortmund statt

Anlässlich der 40. Fachtagung Prostitution trafen sich SexarbeiterInnen, MitarbeiterInnen verschiedener Beratungsstellen, die mit Prostituierten zusammen arbeiten, Vertreterinnen der Gesundheitsämter sowie die Vertreterin der Gewerkschaft ver.di und geladene Referentinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in Dortmund, um unter dem Motto „Sexarbeit ist Arbeit“ zu tagen und neue Ziele und Inhalte zu formulieren.

Ein nach wie vor aktuelles Thema ist die Ablehnung der Zwangsuntersuchung für Prostituierte in Österreich und der Schweiz. Vor allem den SexarbeiterInnen aus Österreich ist dies ein explizites Anliegen. In Deutschland findet diese diskriminierende Form der Untersuchung nicht mehr statt. Dennoch ist es wichtig, den vorhandenen Status immer wieder zu betonen und weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes im Sinne einer Verbesserung und Akzeptanz von Prostituierten. Darüber hinaus wendet sich die Fachtagung ausdrücklich gegen Bestrebungen der Bundesregierung, „Freier, die Frauen aufsuchen, die Opfer von Menschenhandel sind“ zu bestrafen. Eine solche Bestrafung ist kontraproduktiv und hätte zur Folge, dass Freier, die bisher bereit waren, mit Polizei und Beratungsstellen zu kooperieren, dies zukünftig nicht mehr tun würden.

Generell gilt es, sich den Forderungen der Kriminologin Prof. Dr. Monika Frommel (Institut für Sanktionsrecht und Kriminologie, Kiel) anzuschließen, die referierte:

„Die Lage aller Prostituierten kann nur durch eine konsequente Legalisierung verbessert werden. Strafverfolgung wäre dann auf diejenigen zu erstrecken, welche steuerrechtliche, gewerberechtliche, arbeits- und mietrechtliche Spielregeln verletzen.“

Der Prostituierte Benjamin Abt-Schiemann, Vizepräsident der Schweizer NGO PROKORE.CH betont, dass „die deutschsprachige Fachtagung von europäischer Bedeutung ist. Die Mehrzahl der Länder in Europa betreibt eine Politik der Prohibition bzgl. Sexarbeit, welche verheerende Arbeits- und Lebensbedingungen zur Folge hat. Die Fachtagung ist Teil einer europäischen Gegenbewegung mit dem Ziel, einerseits die reglementarische Politik weniger Länder (z.B. Deutschland, Österreich, Schweiz) zu erhalten und weiter zu entwickeln, andererseits diese Politik international durchzusetzen.“

Die gewerkschaftliche Unterstützung ist dabei auch von Bedeutung. Dabei bedauert Emilija Mitrovic, Vertreterin der Gewerkschaft ver.di, „dass sich bislang weder in Österreich noch in der Schweiz Gewerkschaften zur Aufnahme und Vertretung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern bereit erklärt haben. In Deutschland können sich SexarbeiterInnen sowohl als Angestellte, als auch als Selbständige organisieren und in ihren Arbeitsrechten vertreten lassen.“ Auch die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter selbst, entwickelten neue Forderungen, die einerseits das bereits Gesagte unterstreichen, andererseits neue Ziele beinhalten. Sie wünschen sich, „dass der Kondomgebrauch selbstverständlich werden muss, aber durch Maßnahmen der Aufklärung und nicht durch Ermittlungsparagrafen!“ Der Hauptappell aller dort vertretenen SexarbeiterInnen lautet jedoch: „Die Anwendung der Pauschalbesteuerung bei Prostituierten entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage!“

Im Rahmen der Fachtagung konstituierte sich die Arbeitsgruppe „Aufsuchende Sozialarbeit auf dem Straßenstrich“, die sich zum Ziel gesetzt hat, gemeinsam Mindeststandards für ihre Arbeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu formulieren. Daraus lassen sich letztendlich sozial-politische Forderungen für die Einrichtung und Betreuung eines Straßenstriches ableiten.

Dortmund, im Mai 2009